

N I E D E R S C H R I F T

über die Sitzung **des Rates** der Stadt Burgdorf am **11.06.2009** im Ratssaal des Schlosses,
Spittaplatz 5, 31303 Burgdorf,

16.WP/Rat/021

Beginn öffentlicher Teil: 19:02 Uhr
Beginn vertraulicher Teil: 20:32 Uhr

Ende öffentlicher Teil: 20:30 Uhr
Ende vertraulicher Teil: 21:00 Uhr

Anwesend: Bürgermeister

Baxmann, Alfred

Ratsvorsitzender

Walter, Klaus-Dieter

1. stellv. Bürgermeisterin

Weilert-Penk, Christa

2. stellv. Bürgermeister

Unverzagt, Hartmut

Ratsherren/-frauen

Alker, Rudolf

Braun, Hartmut

Brönnemann, Alfred

Degenhard, Walter

Ethner, Regina

Fleischmann, Michael

Gärtner, Bodo

Gersemann, Christiane

Gilke, Anette

Heldt, Gabriele

Hinz, Gerald

Hunze, Carl

Leppert, Florian

Leykum, Maria

ab TOP 7

Lüddecke, Dieter

Meinig, Birgit

Morich, Hans-Dieter

Obst, Wolfgang

Pilgrim, Adolf-W.

Plaß, Barthold

Rickert, Heidrun

Rohde, Paul

Rück, Stefanie

Schulz, Kurt-Ulrich

ab TOP 5

Wackerbeck, Ursula

Weber, Ulrike

Wunn, Ina Prof. Dr. Dr.

Zielonka, Holger Dr.

Verwaltung

Bauoberamtsrat	Herbst, Rainer
Controller	Kauter, Theo
Stadtrat	Philipps, Lutz
Stadtoberamtsrat	Rode, Hans
Dipl.-Oec.	Scholz, André
Erster Stadtrat	Strecker, Dagobert
Baurat	Trappmann, Hendrik
Stadtinspektorin z.A.	Vitt, Silke
Stadtoberamtsrat	Voutta, Jens

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

Einwohnerfragestunde

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Rates vom 19.05.2009
3. Mitteilungen des Bürgermeisters
4. Anfragen gemäß Geschäftsordnung
5. Kindergartengebührensatzung
Vorlage: 2009 0481
6. Gebühren Tagespflege
Vorlage: 2009 0486
7. Kindergartenbedarfsplanung 2009
Vorlage: 2009 0495
8. Neuregelung Tagespflegegebühren
Vorlage: 2009 0521
9. Prüfung der Jahresrechnung der Stadt Burgdorf für das Haushaltsjahr 2007
Vorlage: 2009 0502
10. Ernennung des stellvertretenden Ortsbrandmeisters der Ortsfeuerwehr Dachtmisen
Vorlage: 2009 0511
11. 4. Änderung des Bebauungsplans Nr. 0-71 "Burgdorf Nordwest" -
Satzungsbeschluss-
Bezugsvorlage 2009 0483 4. Änderung des Bebauungsplans Nr. 0-71 "Burgdorf
Nordwest" -Entwurf-
Vorlage: 2009 0527
12. Ganztagschulkonzepte;
Antrag der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Burgdorf vom 28.05.2009
Vorlage: 2009 0556

13. Grundsatzbeschluss zum Aufstieg in den höheren Dienst; Qualifizierungskonzept
Vorlage: 2009 0554

Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

Einwohnerfragestunde

(Vor Beginn der Tagesordnung im „Öffentlichen Teil“)

Fragen wurden nicht gestellt.

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Herr Walter eröffnete die Sitzung und begrüßte alle Anwesenden, insbesondere den Vertreter der Presse. Anschließend stellte er die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Herr Walter teilte mit, dass Ratsfrau Leykum sowie Ratsherr Schulz später zu der Ratssitzung erscheinen würden. Herr Schrader fehle entschuldigt.

Im Anschluss wies **Herr Walter** darauf hin, dass der Tagesordnungspunkt 2 „Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Rates vom 19.05.2009“ abgesetzt werden müsse, da das Protokoll noch nicht vorliege. Ferner sei die mit der Einladung zur Ratssitzung versandte Tagesordnung fehlerhaft. Der Tagesordnungspunkt 12 zu der Vorlage 2009 0556 werde vor der Einwohnerfragestunde im öffentlichen Teil behandelt.

Herr Rohde merkte an, dass die Vorlage 2009 0554 im öffentlichen Teil der Sitzung zu behandeln sei. Er stelle daher den Antrag, diesen TOP als Punkt 13 im öffentlichen Teil zu beraten.

Herr Baxmann erklärte, die Einlassung des Herrn Rohde sei korrekt.

Beschluss:

Die geänderte Tagesordnung wurde einstimmig beschlossen.

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Rates vom 19.05.2009

- v e r t a g t -

3. **Mitteilungen des Bürgermeisters**

Es wurden keine Mitteilungen seitens der Verwaltung vorgetragen.

Herr Walter teilte mit, dass Herr Alker am 15.04.2009, Herr Braun am 15.05.2009 sowie Frau Gersemann am 28.05.2009 Geburtstag gehabt hätten. Er gratulierte diesen nachträglich. Ferner teilte **Herr Walter** mit, dass Herr Lüddecke am 22.04.2009 seinen 70. Geburtstag sowie Herr Bürgermeister Baxmann am 06.06.2009 seinen 60. Geburtstag begangen hätten und gratulierte auch ihnen nachträglich herzlich.

4. **Anfragen gemäß Geschäftsordnung**

Herr Strecker verlas eine Anfrage der CDU Fraktion im Rat der Stadt Burgdorf vom 10.06.2009.

Herr Strecker wies darauf hin, dass die Anfrage aufgrund der kurzfristigen Einreichung durch die Fraktion nicht im Rahmen der Ratssitzung beantwortet werden könne, da die Stellungnahme des Fachbereiches noch nicht vorliege. Die Antwort erfolge daher über das Protokoll.

Die Anfrage der CDU Fraktion im Rat der Stadt Burgdorf ist dem Protokoll als Anlage 1 beigefügt.

Die Antwort der Abteilung Schule, Kultur und Sport ist dem Protokoll als Anlage 2 beigefügt.

5. **Kindergartengebührensatzung** **Vorlage: 2009 0481**

Herr Fleischmann erklärte, er stelle einen Änderungsantrag zu § 2 Abs. III der 2. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für die Kindertagesstätten der Stadt Burgdorf. Er beantrage die Streichung des Satzteilens „*monatlich 20,00 € je Kind*“. Seiner Ansicht nach sollten die Kinder von „Hartz IV“- Empfängern sowie anderen Geringverdienern kostenlos an dem Mittagessen teilnehmen können. Sollte seinem Änderungsantrag nicht entsprechen werden, stimme er der Vorlage nicht zu.

Herr Obst erläuterte die Gründe für den Erlass der Änderung der Gebührensatzung für die Kindertagesstätten der Stadt Burgdorf und wies darauf hin, dass künftig ein Änderungsbeschluss lediglich durch den Rat erfolgen könne. Eine Gebührenerhöhung sei mit der Änderung der Satzung nicht verbunden. Das Essengeld sei in dem Gebührensatz enthalten. Demzufolge bleibe es bei den Gebühren, welche der Rat festgesetzt habe. Neu an der Satzung sei lediglich die Festlegung, welche Kinder aus welchem Personen-

kreis an dem Essen teilnehmen. Mit dieser Satzung komme man der sozialen Verpflichtung nach, ganztagsbetreuten Kindern in dieser Stadt ein Mittagessen anzubieten. Dies sei ein bereits seit langer Zeit durch die CDU-Fraktion verfolgtes Ziel gewesen, nicht nur in Bezug auf die Kindergärten, sondern auch auf die Schulen. Vor diesem Hintergrund werde die CDU-Fraktion der Vorlage zustimmen.

Frau Meinig erklärte, die Vorlage sei in den Fachausschüssen eingehend beraten worden, unter anderem auch im Hinblick auf die Herabsetzung des Essengeldes. Es sei somit genug Gelegenheit gewesen, dort seine Zweifel anzumelden.

Herr Fleischmann gab an, dass er seinen Änderungsantrag gleichwohl aufrecht erhalte.

Der Änderungsantrag zu der Vorlage 2009 0481 wurde mit 30 Nein-Stimmen und 1 Ja-Stimme abgelehnt.

Frau Leykum war zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht anwesend.

Beschluss:

Der Rat beschloss mit 30 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme die 2. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für die Kindertagesstätten der Stadt Burgdorf. Die Satzung tritt zum 01.07.2009 in Kraft.

Frau Leykum war zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht anwesend.

**6. Gebühren Tagespflege
Vorlage: 2009 0486**

Beschluss:

Der Rat fasste mit 29 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme sowie 1 Enthaltung den zu Ziffer 2) der Vorlage 2009 0486 formulierten Beschluss.

Frau Leykum war zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht anwesend.

**7. Kindergartenbedarfsplanung 2009
Vorlage: 2009 0495**

Herr Morich erklärte, die Kindergartenbedarfsplanung 2009 wirke sich sehr positiv auf die Familien- und Sozialpolitik der Stadt Burgdorf aus. Des Weiteren schaffe man durch den Neubau des Kindergartens Nordwest sichere Arbeitsplätze. Die Vorgabe, bis zum Jahre 2013 insgesamt 150 neue Plätze zu schaffen, werde man auf jeden Fall erreichen. Das Bestehen von ausreichend Kindergarten- und Krippenplätzen sei auch auf die Initiative der Bundesministerin für Familien, Senioren, Frauen und Jugend, Frau Ursula von der Leyen, zurückzuführen.

Abschließend führte **Herr Morich** aus, er sei der Ansicht, dass für alle Kinder der Besuch des Kindergartens bzw. der Krippe kostenlos angeboten werden müsse und allen Kindern sodann auch ein kostenloses Mittagessen angeboten werden sollte. Hierfür sei jedoch die finanzielle Unterstützung der Bundesregierung erforderlich.

An Herrn Morich gerichtet, merkte **Frau Gersemann** zunächst an, die Kindergartenbedarfsplanung habe auch schon vor der Amtszeit von Frau von der Leyen bestanden. Des Weiteren sei die den Kommunen bisher zu Teil gewordene finanzielle Unterstützung seitens der Familienministerin nicht ausreichend.

Ferner wies **Frau Gersemann** darauf hin, dass die Qualität einer Kommune unter anderem an dem bestehenden Angebot von Krippen- und Kindergartenplätzen gemessen werde. Die Kindergartenbedarfsplanung sei daher ein wichtiges Kriterium für junge Familien, sich für eine Stadt als Wohnort zu entscheiden. In der Region Hannover stehe die Stadt Burgdorf in einem entscheidendem Wettbewerb, dem man sich stellen müsse. Die Kindergartenbedarfsplanung müsse gem. den gesetzlichen Vorgaben jährlich fortgeschrieben werden. Es sei wichtig, diesem Tagesordnungspunkt eine gebührende Aufmerksamkeit zukommen zu lassen. Sie wolle drei Punkte der Bedarfsplanung besonders hervorheben. Zum einen habe sich die Mehrheit der Ratsmitglieder unter Beteiligung der Kindergartenleitung für eine der vorgeschlagenen Varianten des geplanten Anbaus des Kindergartens in der Ortschaft Otze entschieden. Der neue Gruppenraum biete zukünftig 25 Kindern Platz. Eine erhebliche Entlastung biete ferner der Neubau der Kindertagesstätte Nordwest, welche für vier Gruppen geplant sei und im Herbst dieses Jahres ihre Arbeit aufnehmen könne. Die Krippenplanung habe zum Ziel, bis zum Jahre 2013 für 35 % aller Kinder unter drei Jahren Betreuungsmöglichkeiten vorzuhalten. Das Land lasse den Kommunen jedoch nicht die notwendige finanzielle Unterstützung zukommen. Man müsse daher Synergieeffekte finden, um die finanziellen Barrieren zu überwinden. In diesem Zusammenhang weise sie auf die Möglichkeit hin, neben der zweiten Krippengruppe in der Kirchengemeinde St. Paulus die dritte Krippengruppe auch hier gleich mit in die Planung einzubeziehen. Neben den 30 Plätzen durch den Anbau an den AWO-Kindergarten wären dann kurz vor dem Stichtag alle gesetzlichen Kriterien erfüllt.

Abschließend trug **Frau Gersemann** noch einige ergänzende Punkte vor. Zunächst führte sie an, dass der Bedarf an Plätzen sich schwer planen lasse, da er stark von der beruflichen Situation der Eltern abhängig sei und somit von der wirtschaftlichen Gesamtsituation. Die Kindergartenbedarfsplanung müsse die angebotenen Betreuungszeiten genau im Blick behalten. Ferner müsse sie flexibel auf berechnete Bedürfnisse reagieren. Bei der Kindergartenbedarfsplanung spreche man über die Quantität der angebotenen Betreuung. In diesem Zusammenhang weise sie auf die wichtige Arbeit der Mitarbeiter in den Kindergärten hin, welche auch eine extreme Belastung darstelle. Die dritte Kraft, welche die Kirchengemeinde St. Pankratius für zunächst drei Jahre in Aussicht gestellt habe, sei beispielhaft. Für alle Einrichtungen der Stadt Burgdorf könne man dies jedoch nur mit finanzieller Unterstützung des Landes umsetzen. Die SPD-Fraktion werde der Kindergartenbedarfsplanung zustimmen.

Herr Lüddecke erklärte, bei der Kindergartenbedarfsplanung handele es sich um einen sehr wichtigen Themenbereich. Eltern könnten berufstätig sein und dennoch erführen ihre Kinder im Kindergarten eine vernünftige

Betreuung und Erziehung. Man müsse sich diesem Thema stellen, insbesondere da die Erziehung und Ausbildung bereits im frühkindlichen Alter beginne. In der Vergangenheit sei bereits darauf geachtet worden, dass nicht nur die Kosten, sondern auch das pädagogische Konzept für die frühkindliche Erziehung eine große Rolle spiele. Er schließe sich der Ansicht von Herrn Morich an, dass die Stadt Burgdorf durchaus stolz auf das bisher Geschaffene sein könne. Man habe sogar bei dem letzten Konzept für die Kindertagesstätte Nordwest eine musikalische Früherziehung vorgesehen. Der Rat habe ferner gemeinsam beschlossen, 60.000 € für die Sprachausbildung einzusetzen. Es komme letztlich nicht nur auf die räumliche Ausgestaltung der Kindergärten an, sondern auch auf das Erziehungskonzept sowie die Finanzierung.

Herr Lüddecke wies darauf hin, dass bis zum Jahre 2013 eine gesetzliche Vorgabe hinsichtlich der Kindergruppenplätze für die ein- bis dreijährigen Kinder bestehe. Derzeit sei noch nicht abzuschätzen, wie viele Kinder bis zu diesem Zeitpunkt die Krippe besuchen würden. Daher könne man nur schätzen, wie ab dem Jahre 2012 zu verfahren sei. Man habe jedoch bereits zum jetzigen Zeitpunkt einen Großteil von Krippenplätzen sichergestellt. Bei der Planung, insbesondere im Hinblick auf die Schaffung einer vierten Gruppe, müsse man jedoch darauf achten, den angestrebten Kostenrahmen auch einzuhalten. Derzeit könne keine Zusage für die Haushaltsjahre 2010 bis 2012 gegeben werden. Man könne jedoch eine Absichtserklärung abgeben, indem man sage, dieses Thema sei wichtig und man habe daher die Absicht, dem Vorschlag der Verwaltung zu folgen und die geforderten Krippenplätze in den nächsten drei Jahren zu schaffen. Für die FDP-Fraktion könne er ganz klar die Aussage treffen, dass bei den Haushaltsberatungen der kommenden drei Jahre die Erfüllung der gesetzlichen Vorgaben eine hohe Priorität habe. Dies sei auch im Sinne der Familien der Stadt Burgdorf.

Im Anschluss sprach **Herr Lüddecke** der Verwaltung einen Dank für die Vorlage zu der Kindergartenbedarfsplanung aus, welche durch ihre exakten Vorgaben eine gute Planungsgrundlage schaffe.

Herr Obst erklärte, dass er daran erinnern wolle, dass die CDU-Fraktion schon vor Jahren dafür gesorgt habe, dass ausreichend Krippenplätze in Burgdorf zur Verfügung stünden und das Angebot immer weiter ausgeweitet werde. Leider scheitere es immer wieder an der Finanzierung. Man müsse sich daher fragen, warum von Seiten der Bundesregierung nicht mehr Mittel für diesen Bereich zur Verfügung gestellt würden.

An Frau Gersemann gerichtet, erklärte **Herr Obst**, er halte die Schaffung einer weiteren Krippengruppe der St. Paulus Gemeinde noch in diesem Jahr für problematisch. Er bemängelte diesbezüglich die fehlenden Finanzierungszusagen seitens der Kirche. Es gebe lediglich „angedeutete“ Zuschüsse, jedoch keinen Hinweis darauf, dass die Kirche sich angemessen an der Finanzierung beteilige. Er warne daher davor, der Kirche vorab zu suggerieren, sie könne die Maßnahme bereits einleiten. Diesbezüglich verweise er auch auf die Beratungen im Rahmen des Verwaltungsausschusses. Dies sei ein Thema für die Haushaltsberatungen. Die CDU-Fraktion wolle die Erweiterung des Angebots an Krippenplätzen in St. Paulus ebenfalls forcieren. Dazu stehe man nach wie vor. Allerdings halte er dies ohne eine vorab eindeutig geklärte Finanzierung für problematisch.

Herr Obst verwies ferner auf die hervorragende Arbeit der Erzieherinnen und Erzieher in den Kindertagesstätten. Jedoch sei nichts so gut, dass man

es nicht noch verbessern könne. Er habe daher großes Verständnis für den derzeitig stattfindenden Arbeitskampf dieser Berufsgruppe. Für eine gute und zukunftsorientierte Betreuung sollten entsprechende HH-Mittel zur Verfügung gestellt werden. Er würde sich wünschen, dass für die Kinderbetreuung mehr Gelder durch das Land bzw. den Bund zur Verfügung gestellt würden.

Herr Obst wies weiter darauf hin, dass nach Fertigstellung der Kindertagesstätte Nordwest 845 Kindergartenplätze zur Verfügung stünden. Die Möglichkeit, den interessierten Eltern einen Kindergartenplatz zu bieten, sei somit relativ hoch. Die Zahl der Krippenplätze würde sich am 01.10.2009 auf 102 erhöhen. Nach Etablierung der Krippenplätze der Gemeinde St. Paulus seien 162 Plätze vorhanden. Im Hinblick auf die gesetzlichen Vorgaben appelliere er an diejenigen, welche für die Verteilung der Gelder bei Bund und Land verantwortlich seien, sich zukünftig noch stärker als in der Vergangenheit zu engagieren. Abschließend erklärte Herr Obst, die CDU-Fraktion werde der Vorlage zustimmen.

Im Hinblick auf den durch Herrn Obst angesprochenen Arbeitskampf erklärte **Herr Baxmann**, er wolle diesbezüglich jedoch eine Anmerkung vortragen. Er teile die hier vorgetragenen Auffassungen hinsichtlich der zu gering bemessenen Entlohnung der Erzieherinnen und Erzieher und der zu geringen Personalausstattung. Er bitte dies jedoch auch für die nächsten Haushaltsberatungen hinsichtlich der Personalkosten im Hinterkopf zu behalten.

An Herrn Obst gerichtet, erklärte **Frau Gersemann**, sie habe in den letzten Jahren immer wieder betont, wie gut die Stadt Burgdorf aufgestellt sei. Dies bedeute jedoch nicht, dass man nicht noch besser werden könne. In diesem Punkt lasse sie auch nicht nach. Abschließend wies **Frau Gersemann** Herrn Obst darauf hin, dass sich nicht alles auf die jetzige Bundesfamilienministerin fokussieren könne, da es auch wichtige Vorstreiterinnen gegeben habe.

An Herrn Lüddecke gerichtet, riet **Frau Gersemann**, die gute Zusammenarbeit der CDU sowie der FDP-Fraktion im Hinblick auf den Vorschlag des Herrn Obst zu politischen Initiativen bezogen auf die Landesregierung zu nutzen. Sie wolle aber noch einmal daran erinnern, dass in den vergangenen Jahren wie auch in diesem HH-Jahr eine nicht unerhebliche Summe in den Haushaltsplan eingestellt worden sei, welche auch der frühkindlichen Bildung zu Gute komme.

Herr Rohde wies darauf hin, dass bei Beschlussfassung nach Vorlage auch die zweite Krippengruppe in der Südstadt beschlossen werde. Er bemängelte, dass er im Rahmen der Sitzung des Verwaltungsausschusses erstmals erfahren habe, dass die Kirche einen Zuschuss i.H.v. 16.000 € angeboten habe. Dies bedeute wohl dass pro Krippengruppe 8.000 € zur Verfügung stünden. Dies sei in der vorher stattgefundenen Sitzung des Fachausschusses nicht bekannt gewesen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Burgdorf fasste **einstimmig** den folgenden Beschluss:

„Der Rat der Stadt Burgdorf stellt in Fortschreibung der Kindergartenbedarfsplanung von 2007 (Vorlage 2007 0117 und Vorlage 2007 0117/1) das vorhandene Angebot an Kindergärten, Horten und Krippen sowie den Bedarf und den weiteren erforderlichen Ausbau

gemäß den Anlagen zu dieser Vorlage fest. „

8. **Neuregelung Tagespflegegebühren**
Vorlage: 2009 0521

Herr Fleischmann erklärte, er werde sich der Stimme enthalten.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Burgdorf fasste mit 31-Ja Stimmen und 1 Enthaltung den zu Ziffer 2 der Vorlage 2009 0521 formulierten Beschluss auf Grundlage des Satzungsentwurfes vom 07.05.2009.

9. **Prüfung der Jahresrechnung der Stadt Burgdorf für das Haushaltsjahr 2007**
Vorlage: 2009 0502

Herr Hinz gab eingangs, insbesondere für die anwesenden Einwohnerrinnen und Einwohner, einige Hintergrundinformationen bezogen auf die jährliche Prüfung der Jahresrechnung der Stadt Burgdorf durch das Rechnungsprüfungsamt. Diesbezüglich sprach er einen Dank an die Mitarbeiter des Rechnungsprüfungsamtes für die Erstellung des Schlussberichtes für das Haushaltsjahr 2007 aus. Im Rahmen des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen sei der Schlussbericht bereits intensiv beraten worden. Ein wichtiger Kritikpunkt sei u.a. die Beschaffung eines Frontsichelmähers. Das Rechnungsprüfungsamt habe hier die Auffassung vertreten, ein um 24.000,00 € preiswerteres Gerät sei durchaus gleichwertig gewesen. Das Rechnungsprüfungsamt habe keinen technischen Vorteil für die Mehrausgabe erkennen können.

Herr Hinz führte weiter aus, dass die Abarbeitung der Feststellungen aus den Vorberichten fast vollständig erledigt worden sei. Ferner seien lediglich drei Prüfungsbemerkungen zu verzeichnen gewesen. Bei einer so geringen Anzahl von Prüfungsbemerkungen könne man feststellen, dass die Verwaltung ihre Arbeit hervorragend erfüllt habe. Dies sei nicht nur ein Verdienst des Bürgermeisters, sondern der gesamten Verwaltung. Der Bürgermeister habe die Verantwortung für die ordnungsgemäße Arbeit seiner Mitarbeiter. Aufgrund des vorliegenden Prüfungsergebnisses könne die SPD-Fraktion die Entlastung für das Haushaltsjahr 2007 mit gutem Gewissen erteilen.

Herr Rohde wies darauf hin, dass es in den vergangenen Jahren zu diversen hartnäckigen und sich wiederholenden Unzulänglichkeiten gekommen sei. Sodann verwies er auf einige Punkte des Prüfungsberichtes und erörterte diese, u.a. thematisierte er die Fachaufsichtsprüfung der Region Hannover im Bereich „Sozialhilfe“, in deren Rahmen in 89 Fällen von Seiten der Region um ergänzende Angaben gebeten worden sei. Die weitere Prüfung habe häufig wiederkehrende Fehler durch Nichtbeachtung bzw. fehlerhafte Anwendung von Vorschriften aus unterschiedlichen Aufgabenbereichen ergeben. Auch eine Prüfung im Bereich „Wohngeld“ durch die Region Hannover habe insgesamt 29 Beanstandungen ergeben. Weiterhin verwies er u.a. auf teilweise zu spät vorgelegte Auftragsvergaben durch die Verwaltung und auf die zum Teil festgestellte Nichteinhaltung von Form und Inhalt von Kassenanordnungen. Aus dem Prüfungsbericht gehe hervor, dass die Verwaltung auf die Einhaltung dieser Vorgaben schon mehrfach hingewiesen

worden sei. Negativ aufgefallen sei ferner der Punkt „Holzverkauf an die Mitarbeiter der Bauhöfe und Kläranlage“. Das RPA habe vorgeschlagen, zu festgelegten Terminen den Holzverkauf für alle Interessenten vor Ort gegen Höchstgebot durchzuführen. Diesen Vorschlag finde er durchaus sinnvoll. Die Verwaltung habe diesen Vorschlag jedoch nicht aufgenommen. Er habe sogar gehört, dass es Personen gebe, die dieses Holz weiterverkaufen würden.

Weiterhin verwies **Herr Rohde** auf den Punkt „Friedhofspflegearbeiten durch Dritte“. Diesbezüglich sei geprüft worden, ob die Vergabe der Friedhofspflegearbeiten an Dritte wirtschaftlicher sei als die Durchführung mit eigenem Personal. Hierbei sei festgestellt worden, dass in vielen der vergleichbaren Positionen der privater Unternehmer seine Leistungen kostengünstiger angeboten habe, so dass die Vergabe der Friedhofspflegearbeiten an Dritte aus wirtschaftlicher Sicht nicht zu beanstanden sei. Ebenfalls sprach Herr Rohde die Beschaffung des Frontsichelmäher an, die durch das RPA bemängelt worden sei.

Abschließend erklärte **Herr Rohde**, entscheidend sei jedoch, dass es sich bei den angesprochenen Themen um keine „weltbewegenden“ Angelegenheiten handele. Es sollte allerdings vermehrt durch die Verwaltung darauf geachtet werden, solche Fehler in Zukunft abzustellen. Die CDU-Fraktion spreche dem Rechnungsprüfungsamt seinen Dank für die Erstellung des Schlussberichtes aus und erteile ebenfalls die Entlastung für das Haushaltsjahr 2007.

Zu dem von Herrn Rohde angesprochenen Punkt „Fachaufsichtsprüfung der Region Hannover im Bereich Sozialhilfe“ gab **Herr Philipps** einige Erläuterungen. Die Region habe bei der Stadt Burgdorf von Mitte August 2007 bis Ende Oktober 2007 eine sog. Fachaufsichtsprüfung der Sozialhilfe u.a. der Bereiche Leistungen aus dem Asylbewerberleistungsgesetz, dem Bundeserziehungsgeldgesetz, dem Bundeselterngeld – und Elternzeitgesetz, dem Unterhaltssicherungsgesetz, dem Nds. Pflegegesetz und der Krankenversorgung nach dem Lastenausgleichsgesetz durchgeführt. Geprüft worden sei der Zeitraum von 2003 bis Ende 2007, d.h. ein Zeitraum von 5 Jahren. Der Prüfbericht habe 146 mögliche Schadensfälle aufgelistet. Eine im Nachhinein erfolgte Prüfung habe ergeben, dass tatsächlich nur 82 Fälle nicht korrekt bearbeitet worden seien. Hierbei habe es sich teilweise um Fälle gehandelt, die zu Beginn des geprüften Zeitraumes bearbeitet worden seien. Die Mitarbeiter der Fachabteilung hätten in diesem Zeitraum an diversen Schulungen teilgenommen. Die Mitarbeiter hätten sich auch mit Kollegen hinsichtlich fachlicher Fragen ausgetauscht und zum Teil auch selbst Fehler in der Bearbeitung festgestellt. Diese Fehler seien im Zuge der weiteren Bearbeitung abgestellt worden. Das Fortbildungsmanagement und die Fortbildung an sich diene dazu, Fehlinterpretationen hinsichtlich der Rechtslage abzustellen. Schließlich wies **Herr Philipps** darauf hin, dass die Gründung der ARGE am 01.01.2005 fähiges Personal von der Stadt habe abfließen lassen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die vor Ort verblieben seien, hätten sich in eine neue und durchaus komplizierte Materie einarbeiten müssen. Dies habe dazu geführt, dass in der Einarbeitungsphase Fehler geschehen seien.

Bei der Konferenz der Jugend- und Sozialdezernenten der Städte und Gemeinden der Region Hannover am 28.01.2009 seien die Ergebnisse der Fachaufsichtsprüfungen in den regionsangehörigen Kommunen thematisiert worden. Dabei sei es als sinnvoll und hilfreich herausgearbeitet worden, die Prüfungsintervalle möglichst kurz zu halten, um Fehler rechtzeitig zu er-

kennen und abzustellen. Weiterhin sei der Wunsch geäußert worden, die Beratungsintensität seitens der Region zu erhöhen.

Herr Philipps machte abschließend deutlich, dass die in der Sozialabteilung eingesetzten Kolleginnen und Kollegen sorgfältig und gut arbeiten.

Herr Lüddecke erklärte, der Steuerzahler habe ein Recht darauf, dass die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel gesetz- und vorschriftsmäßig ausgegeben würden. Dies sei eine Selbstverständlichkeit. Daher sei die jährliche Prüfung durch das Rechnungsprüfungsamt sehr wichtig. Er spreche den Mitarbeitern des Rechnungsprüfungsamtes für ihre Tätigkeit einen herzlichen Dank aus. Die Prüfung sei in den vergangenen Jahren immer korrekt und ausführlich durchgeführt worden. **Herr Lüddecke** räumte ein, dass im Prüfungsbericht Fehler aufgetaucht seien, die aus Sicht seiner Fraktion geringfügig seien. Hervorheben wolle er lediglich die Prüfungsbeobachtung hinsichtlich einer beamtenrechtlichen Frage. Hier gebe es allerdings unterschiedliche Rechtsauffassungen. Die FDP-Fraktion sei jedoch auch über den bereits von Herrn Rohde angesprochenen Punkt bezüglich der Durchführung von Friedhofspflegearbeiten durch Dritte „gestolpert“. Da bei vielen vergleichbaren Positionen ein privater Unternehmer die Leistungen kostengünstiger anbieten könne, habe man die Verwaltung gebeten, in Zukunft bei der Vergabe solcher Tätigkeiten Vergleiche hinsichtlich der anfallenden Kosten aufzustellen. Zu den Ausführungen von Herrn Philipps weise er darauf hin, dass sich die Gesetzgebung des Sozialgesetzbuches (SGB) während des Prüfungszeitraumes von 5 Jahren mehrfach geändert habe. Er bedauere jeden Mitarbeiter im Sozialamt, der sich durch den „Wust“ an Gesetzesänderungen durcharbeiten müsse um die Anträge korrekt bearbeiten zu können. Daher habe es aus Sicht der Region auch keine Vorwürfe an die betroffenen Städte und Gemeinden gegeben, sondern einen Abklärungsprozess. Die FDP-Fraktion habe alternativ den Vorschlag unterbreitet, die Verfahrensabläufe bei neu anstehenden Gesetzgebungsverfahren extern prüfen zu lassen.

Abschließend erklärte **Herr Lüddecke**, die FDP-Fraktion werde für das Haushaltsjahr 2007 Entlastung erteilen.

An Herrn Rohde gerichtet, gab **Herr Herbst** noch einige Erläuterungen zu dem von ihm angesprochenen Thema „Holzverkauf an die Mitarbeiter des Bauhofs und der Kläranlage“. Herr Herbst stellte klar, dass nicht jeder Mitarbeiter des Bauhofs bzw. der Kläranlage Holz beziehe. Er stellte sodann kurz die Hintergründe für dieses Verfahren dar. Zu Zeiten der vorherigen Verwaltungsleitung sei es üblich gewesen, das Holz den Bürgern vor die Tür zu liefern. Hierbei habe es sich letztlich um ein „Zuschussgeschäft“ für die Stadt gehandelt. Obwohl dieses Holz kostenfrei geliefert worden sei, habe dies seinerzeit zu Beschwerden geführt. Die neue Regelung habe nunmehr dazu geführt, dass die Stadt Einkünfte habe. Die Stadt habe diese Regelung damit begründet, dass öffentliche Versteigerungen zu einem weiteren Verwaltungsaufwand wie auch zu etwaigen Forderungen führten, da das Holz nicht unbedingt von guter Qualität sei.

Ergänzend zu dem Thema „Grünflächenpflege“ erklärte **Herr Herbst**, im Jahr 2008 seien zusätzlich zu den Kosten für die Fremdfirma Personalkosten für die Überprüfung und für ergänzende Arbeiten auf den Friedhöfen von ca. 30.000,00 € angefallen.

Beschluss:

Der Rat beschloss einstimmig die Jahresrechnung 2007 und erteilte dem Bürgermeister aufgrund des vorliegenden „Schlussberichtes über

die Prüfung der Jahresrechnung der Stadt Burgdorf für das Haushaltsjahr 2007 vom 11. Dezember 2008“ für das Haushaltsjahr 2007 Entlastung.

10. **Ernennung des stellvertretenden Ortsbrandmeisters der Ortsfeuerwehr Dachtmissen**
Vorlage: 2009 0511
-

Herr Hinz wies darauf hin, dass der Feuerwehrausschuss in seiner Sitzung am 30.04.2009 dem Rat einstimmig empfohlen habe, Herrn Wolfgang Schlusche zum stellvertretenden Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Dachtmissen zu bestellen.

Beschluss:

Der Rat beschloss einstimmig, Herrn Wolfgang Schlusche mit Wirkung vom 11. August 2009 für die Dauer von 6 Jahren (bis zum 10. August 2015) zum stellvertretenden Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Dachtmissen zu ernennen.

11. **4. Änderung des Bebauungsplans Nr. 0-71 "Burgdorf Nordwest" - Satzungsbeschluss-**
Bezugsvorlage 2009 0483 4. Änderung des Bebauungsplans Nr. 0-71 "Burgdorf Nordwest" -Entwurf-
Vorlage: 2009 0527
-

Herr Dr. Zielonka erklärte, Ziel der 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 0-71 „Burgdorf Nordwest“ sei die Schaffung von zusätzlichen Stellplätzen sowie das Anpflanzen einer Baumreihe. Im Anschluss gab **Herr Dr. Zielonka** noch einige ergänzende Informationen zu der Vorlage.

Abschließend erklärte **Herr Dr. Zielonka**, die SPD-Fraktion stimme der Vorlage zu.

Herr Obst erklärte, er begrüße die Änderung des Bebauungsplanes „Burgdorf Nordwest“. Die CDU-Fraktion werde der Vorlage daher zustimmen.

Herr Fleischmann äußerte seine Bedenken zu der Vorlage. Abschließend erklärte er, er werde der Vorlage gleichwohl zustimmen.

Herr Lüddecke erklärte, die FDP-Fraktion werde der Vorlage zustimmen.

Beschluss:

Der Rat fasste einstimmig den zu Ziffer 3 a) und b) der Beschlussvorlage 2009 0527 formulierten Beschluss.

12. **Ganztagschulkonzepte;**
Antrag der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Burgdorf vom 28.05.2009
Vorlage: 2009 0556
-

Herr Alker erläuterte den Antrag der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Burgdorf vom 28.05.2009, mit dem die Verwaltung beauftragt werden soll, mit

den Grundschulen sowie der Hauptschule der Stadt Burgdorf in Gespräche einzutreten mit dem Ziel, in naher Zukunft Ganztagschulkonzepte zu entwickeln.

Herr Alker erklärte, man wolle insbesondere im Bereich der Grundschulen ein deutliches Signal setzen. Seit der PISA-Studie gelte es als erwiesen, dass im Ganztagschulbereich wichtige Grundlagen hinsichtlich der Bildung gelegt würden. Es gehe darum, allen Schichten der Bevölkerung die Möglichkeiten zu geben, Bildung entsprechend wahrnehmen zu können. Man wolle ganz klar signalisieren, dass, wenn an den Grundschulen in Burgdorf und auch an der Hauptschule bereits solche Bestrebungen bestünden, diese würden von Seiten der SPD-Fraktion unterstützt. Im Falle der Entwicklung entsprechender Konzepte könnten die Beteiligten davon ausgehen, dass auch die Bereitschaft erklärt werde, die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen sowie für die sächliche und räumliche Ausstattung zu sorgen.

Abschließend bat **Herr Alker** darum, den Antrag in den Ausschuss für Schule, Kultur und Sport zu überweisen.

Herr Lüddecke führte aus, dass es unstrittig sei, dass es sich bei dem Antrag um einen richtigen Anstoß handele. Er freue sich auf die zu erwartenden interessanten Diskussionen im Fachausschuss und auch im Verwaltungsausschuss.

Beschluss:

Der Rat beschloss einstimmig, den Antrag der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Burgdorf vom 28.05.2009 in den Ausschuss für Schule, Kultur und Sport zu überweisen.

**13. Grundsatzbeschluss zum Aufstieg in den höheren Dienst; Qualifizierungskonzept
Vorlage: 2009 0554**

Herr Pilgrim erklärte, die SPD-Fraktion begrüße die neu geschaffenen gesetzlichen Möglichkeiten. Sodann erläuterte er kurz die gesetzlichen Vorgaben.

Die Qualifizierung umfasse u.a. eine mehrjährige Erfahrung in einem Amt der Besoldungsgruppe A 13 (gehobener Dienst) oder (falls diese nicht vorliege) eine Einführungszeit von 12 Monaten sowie den Nachweis von geeigneten Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen. Diese Regelung sei nunmehr durch den Rat festzusetzen. Die SPD-Fraktion begrüße diese Regelung, da hierdurch verdiente und erfahrene Beamte in die Lage versetzt würden, eine Beförderung in das 2. Eingangsamt der Laufbahngruppe 2 zu erreichen. Die SPD-Fraktion werde der Vorlage daher zustimmen.

Herr Obst wies darauf hin, dass es in der Vergangenheit relativ problematisch gewesen sei, von dem Gehobenen in den Höheren Dienst aufzusteigen. Man wolle denjenigen Beamten, die sich im Vorfeld bewährt und qualifiziert hätten, diesen Weg erleichtern. Es sei zeitgemäß, das Beamtengesetz zu reformieren. Die CDU-Fraktion stimme daher der Vorlage zu.

Beschluss:

Der Rat beschloss mit 31 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme den zu Ziffer b) der Beschlussvorlage 2009 0554 formulierten Grundsatzbeschluss.

Einwohnerfragestunde

(Nach Ende der Tagesordnung im „Öffentlichen Teil“)

Es wurden keine Fragen gestellt.

Geschlossen:

Bürgermeister

Ratsvorsitzender/Ausschussvorsitzender

Protokollführer